



Freitag, 17. Oktober 1975

Blatt 2619

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:           Wiener Landtag  
(rosa)                   Wiener Gemeinderat  
                          Rudolfsheim-Fünfhaus: "Gold" und "Silber" für  
                          Bezirksräte
- Lokal:                Wiener Gemeinderat gedenkt Robert Stolz  
(orange)               Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche
- Wirtschaft:        Wiener Geschäftsleute werden aktiv: Amerikanischer  
(blau)                   Umweg soll vermieden werden

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

w i r t s c h a f t :

=====

wiener geschaeftsleute werden aktiv: amerikanischer  
umweg soll vermieden werden

wien, 17.10. (rk) eine welle von shopping-centers auf der  
gruenen wiese soll nicht dazu fuehren, dass die traditionellen  
geschaeftsbereiche in der stadt veroeden. geschaeftsleute aus  
traditionellen wiener geschaeftszentren (innenstadt, favoriten-  
strasse, mariahilfer strasse, meidlinger hauptstrasse) praesen-  
tierten donnerstag erste ueberlegungen: sie wollen nicht in den  
krieg ziehen und auch nicht jammern, sondern ihre kunden in  
verstaerktem ausmass auf die moeglichkeiten und serviceleistungen  
in den gewachsenen einkaufsbereichen hinweisen.

so hat sich mittwoch eine interessengemeinschaft von kauf-  
leuten rund um die favoritenstrasse gebildet, die als erstes eine  
plakataktion im sueden wiens und in niederoesterreich planen.  
ausserdem wollen sie in der gutgestalteten fussgaengerzone favo-  
riten attraktionen veranstalten, die das publikum ueber den kauf  
hinaus nach favoriten bringt. in der mariahilfer strasse ist  
schon fuer weihnachten an eine paketgarderobe gedacht, weiterer  
servicedienst soll eine informationsschrift ueber parkmoeglich-  
keiten rund um die mariahilfer strasse sein.

ein problem, das noch vor nicht allzu langer zeit unter den  
geschaeftsleuten diskutiert wurde, ist jetzt uebereinstimmend der  
'hit': die schaffung von fussgaengerzonen oder verkehrsarmer  
gebiete. uebereinstimmend nannten die geschaeftsleute auch das  
parkplatzproblem als vorrangig.

die gemeinde wien und die wiener handelskammer wollen diese  
aktivitaeten auch finanziell unterstuetzen. finanzstadtrat hans  
m a y r und praesident otto m i t t e r e r erklaerten sich  
bereit, in einer gemeinsamen aktion den geschaeftsleuten helfend  
beizustehen. es sollen aber nicht die vereinigungen, sei es nun  
ein verein oder eine genossenschaft, gefoerdert werden, sondern fuer  
reale und zielgerichtete aktionen wird starthilfe gegeben werden.

stadtrat mayr betonte, dass neben den traditionellen geschaefts-  
strassen auch an die vielen nebenstrassen gedacht werden muesse, die

17. oktober 1975

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2621

fuer die nahversorgung der bevoelkerung ebenso entscheidend sind. dabei duerfe man sich aber nicht notwendigen strukturveraenderungen widersetzen. mayr verwies auf die seit zwei jahren bestehende moeglichkeit, im parterre von gefoerderten Neubauten geschaeft zu besonders guenstigen bedingungen (die mieten entsprechen den wohnungsmieten) zu errichten. (sei)

++++

L o k a l :

=====

## verkehrsmaßnahmen der kommenden woche

2 wien, 17.10. (rk) die wegen eines gasrohrgebrechens notwendig gewordenen arbeiten auf der triester strasse im bereich der kreuzung mit der raxstrasse nehmen einen groesseren umfang an. ein rohrstrang muss ausgewechselt werden. zwischen raxstrasse und wienerbergstrasse muss auf der triester strasse fuer die dauer von sieben wochen mit einer fahrbahnverengung von drei auf zwei spuren - waehrend der nachtstunden voruebergehend auch auf eine spur - gerechnet werden. vorerst wird auf der stadteinwaerts fuehrenden fahrbahn gearbeitet, im anschluss daran auf der stadtauswaerts fuehrenden fahrbahn.

am montag, dem 20. oktober, wird der johann nepomuk bergerplatz im 16. bezirk wieder fuer den verkehr freigegeben. gleichzeitig wird eine automatische verkehrslightsignalanlage in betrieb genommen.

am donnerstag, dem 23. oktober, wird an der kreuzung wagramer strasse - wintzingerodestrasse im 22. bezirk eine automatische verkehrslightsignalanlage in betrieb genommen. (ger)

Lokal:

=====

## Wiener Gemeinderat gedenkt Robert Stolz

=====

Wien, 17.10. (RK) In seiner ersten Sitzung seit dem 27. Juni dieses Jahres, dem Todestag Robert Stolz, gedachte der Wiener Gemeinderat Freitag dieses Ehrenbürgers der Stadt. In Anwesenheit der Witwe, Frau Einzi Stolz, wies Bürgermeister Leopold Gratz noch einmal auf die großen Verdienste von Robert Stolz um die kulturelle Anerkennung Wiens hin. Bürgermeister Gratz betonte, daß der gebürtige Grazer Stolz das, was ihm Wien an Atmosphäre, Zuneigung und Bewunderung durch seine Bürger gegeben hat, tausendfach mit seinen Liedern vergolten hat. Der Wiener Gemeinderat habe Robert Stolz bereits durch die Ernennung zum Bürger und zum Ehrenbürger der Stadt gedankt. Sein Name werde als einer der Großen für immer mit Wien verbunden bleiben. (may)

Kommunal:

## Wiener Landtag

=====

Wien, 17.10. (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Maria Hlawka trat Freitag der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Bundesrates. Für die ÖVP wurden Komm.-Rat. Ing. Karl Dittrich als Mitglied sowie Anton Fürst und Regierungsrat Rudolf Sommer als Ersatzmitglieder gewählt.

Die nächsten beiden Tagesordnungspunkte betrafen die Änderung der Strafbestimmungen im Wiener Heilvorkommen- und Kurortegesetz und im Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz. Berichterstatter war Stadtrat Prof. Dr. Stacher (SPÖ). Es gab keine Debatte. Die beiden gesetzlichen Änderungen wurden in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Gleichfalls einstimmig angenommen wurde auch der nächste von Stadtrat Stacher referierte Tagesordnungspunkt, betreffend die erste Sozialhilfegesetznovelle. Die Gesetzesvorlage beinhaltet den vom Gemeinderat bereits im Vorjahr beschlossenen Regreßverzicht im Sozial- und Anstaltenwesen sowie eine Änderung der Bewilligungspflicht über die Aufsicht bei Pflegeheimen und Wohnheimen.

Abg. Krenn (FPÖ) begrüßte den Regreßverzicht, stellte jedoch namens seiner Fraktion den Antrag auf Änderung einer seiner Meinung nach unklar formulierten Textstelle.

Abg. Dr. Maria Flemming (ÖVP) stellte fest, daß es sich bei der vorliegenden Novelle um die Erfüllung einer alten ÖVP-Forderung handle. Sie nahm den Antrag zum Anlaß, um verschiedene von der ÖVP mehrfach gestellte Forderungen zu reklamieren: So forderte sie unter anderen einen Rechtsanspruch für die "sozialen Dienste", die Umwandlung der Pflegeheime in geriatrische Krankenhäuser, die verstärkte Heranziehung privater Vereinigungen zur Mitarbeit sowie eine sozialpsychologische Betreuung in den Pflegeheimen.

Abg. Franziska Fast (SPÖ) sprach sich für eine noch stärkere gesellschaftliche Integration der Behinderten und Sozialbedürftigen aus. Was die Forderung nach Errichtung geriatrischer Krankenhäuser betrifft, so sei gerade seitens der ÖVP in den vergangenen Jahren vieles versäumt worden.

Stadtrat Stacher wies in seinem Schlußwort auf die wiederholt geäußerte Grundsatzklärung hin, daß jeder Wiener das Recht auf soziale Hilfe habe. Dieses Recht juristisch festzulegen, würde allerdings die Möglichkeiten der Hilfe wesentlich einschränken. Zur Forderung auf Umwandlung von Pflegeheimen in geriatrische Krankenhäuser: dies stehe derzeit in Diskussion.

Als nächster Berichterstatter referierte Stadtrat Heller (SPÖ) über die Vorlage eines neuen Wiener Buschenschankgesetzes. Das neue, den jetzigen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßte Gesetz sieht unter anderem eine neue regionale Festsetzung der Wiener Heurigengebiete vor. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Dauer der Ausschank sowie die Erweiterung der Palette der Eßwaren, die der Heurigenwirt abgeben darf.

Abg. Jedletzberger (ÖVP) begrüßte namens seiner Fraktion das neue Gesetz, wobei er unter anderem auf die landwirtschaftliche Bedeutung Wiens hinwies.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (zi)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Kommunal:

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 17.10. (RK) Dem Wiener Gemeinderat, der Freitag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammentrat, lagen 257 Geschäftsstücke vor. Zwei Anträge der FPÖ, betreffend die Dringlichkeitsreihung für den Ausbau von Bundesstraßen in Wien und die Handhabung des Wiener Ankündigungsabgabegesetzes sowie vier Anträge der ÖVP, betreffend Maßnahmen für verbilligte beziehungsweise kostenlose Beförderung von Pensionisten in öffentlichen Verkehrsmitteln, Erhaltung des Cafés Konstantinhügel im Prater, eines Berichtes über Ausmaß von Bau-ring-Verlusten sowie diesbezüglich anhängiger Verfahren und betreffend die Sicherstellung einer ausreichenden Energieversorgung für das Gebiet Ebling-Hirschstetten wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. (smo)

AKH-Planungs- und Errichtungs-Aktiengesellschaft

Die Stadt Wien wird sich an der "Allgemeines Krankenhaus Wien, Beteiligungs- und Errichtungs-Aktiengesellschaft" mit einer Stammeinlage von zehn Millionen Schilling beteiligen. Das Grundkapital der Gesellschaft wird 20 Millionen Schilling betragen, der Bund stellt den restlichen Teil. Stadtrat Hans Mayr (SPÖ) begründete als Berichterstatter die Gründung der Gesellschaft: Bis zum heutigen Tag wurde der Neubau vorwiegend auf dem Gelände des "alten AKH" durchgeführt. Die Schwierigkeiten, neue Teile in einem in Betrieb befindlichen Spital ohne Störung des täglichen Ablaufes zu errichten, waren enorm. Zeitliche Verzögerungen waren daher technisch bedingt, und nicht durch die finanzielle Ausstattung des Projekts verursacht, erklärte der Stadtrat. Nun aber, da die meisten Verlegungen durchgeführt sind und der Neubau unbehindert vorangetrieben werden kann, sind auch organisatorische Änderungen notwendig. Mit der Gründung der neuen Gesellschaft, die für die technische Durch-



führung und für die Finanzierung Vollmachten besitzt, und mit der Einbringung eines im Frühjahr nächsten Jahres ausgearbeiteten Finanzierungsgesetzes durch den Bund, erscheint nunmehr ein rascher Baufortschritt gewährleistet, stellte Mayr abschließend fest.

GR. Krenn (FPÖ) bemängelte zweierlei: in den 17 Jahren, seit der erste Spitzenausschuß zusammentrat, sei organisatorisch vieles "vermurkst" worden, und auch finanziell wurde das Projekt nicht entsprechend dotiert. Vor allem verschätzte man sich bei den Kosten: noch 1962 hatte der damalige Wiener Finanzstadtrat eine Milliarde Schilling als Gesamtkosten angegeben, während heute der Finanzminister von 16 bis 17 Milliarden spricht. Krenn forderte, sobald als möglich einen realen Fertigstellungstermin zu nennen und einen Finanzierungsplan dem Gemeinderat vorzulegen.

Stadtrat Mayr sagte im Schlußwort nochmals, daß bisherige Verzögerungen allein technisch und organisatorisch bedingt waren. Auch in Zukunft werde man finanziell das Projekt so ausstatten, daß ein zügiges Bautempo gewährleistet sei.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (sei)

#### Subvention für den Wiener Fußballverband

Dem Wiener Fußballverband wird in diesem Jahr eine Subvention in der Höhe von 4,5 Millionen Schilling von der Gemeinde Wien gewährt. GR. Brosch (SPÖ) wies als Berichterstatter auf die besorgniserregende Bewegungsarmut der Jugend hin. Die Millionensubvention soll zur Betreuung der Wiener Fußballjugend, zur Instandhaltung und zum Ausbau von Sportanlagen sowie zur Erhaltung von Sportgeräten und Durchführung von Sportveranstaltungen verwendet werden.

GR. Bittner (ÖVP) stellte fest, daß seine Fraktion dem Antrag zustimmen wird, weil man von der Notwendigkeit der Sportförderung überzeugt sei.

Zur Sportplatzsituation in Wien sagte der Redner, daß den 207 Wiener Vereinen in allen Klassen und den mehr als 300 Nachwuchsmannschaften nur 86 Plätze zur Verfügung stehen. Neue Verluste an Sportplätzen drohen, wie nun durch eine beabsichtigte Verbauung des Wacker-Platzes.

GR. Bittner brachte den Beschlusantrag ein, die Gemeinde Wien möge umgehend die Liegenschaft des "Wacker"-Fußballplatzes in Meidling erwerben. Zur Erhaltung dieser Sportanlage sollte der derzeit gültige Flächenwidmungs- und Bebauungsplan dieser Liegenschaft von Bauland auf "Erholungsgebiet-Sportplatz" umgewidmet werden.

GR. Dr. Müller (SPÖ) erklärte, daß die Subvention von 4,5 Millionen Schilling nur ein Teilbetrag der Sportförderung durch die Gemeinde Wien sei.

Die Zahl der Vereine und der zur Verfügung stehenden Plätze stehe in keinem negativen Verhältnis zueinander. Er kündigte aber an, daß derzeit ein Sportplatzerhaltungsgesetz in Ausarbeitung sei.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Der ÖVP-Beschlusantrag, betreffend den Wacker-Platz, wurde einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (karp)

#### Subventionen

Stadtrat Mayr (SPÖ) beantragte als nächster Berichterstatter die Zustimmung des Gemeinderates zu Subventionen in der Gesamthöhe von 5,178.462 Schilling an 14 Vereinigungen und Einrichtungen. Als Debattenredner bat Gemeinderat Krenn (FPÖ) um getrennte Abstimmung, da seine Fraktion die in diesem Paket enthaltene Subvention von 70.000 Schilling für die Österreichische Widerstandsbewegung nicht unterstützen könne, da diese vor wenigen Tagen in einer Aussendung vehement gegen den Bundesparteiobmann der FPÖ, Peter, Stellung genommen habe. Seine Fraktion stimme aber allen anderen Subventionen zu.

Abstimmung: Die Subvention für die Österreichische Widerstandsbewegung wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP, alle anderen Subventionen einstimmig genehmigt.

#### Wotruba-Atelier im Prater

Berichterstatter GR. Wiesinger (SPÖ) beantragte, den Sachkredit für die Errichtung des Bildhauerateliers in Wien 2, Rustenschacherallee wegen der gestiegenen Material- und Lohnkosten sowie Mehrkosten durch unvorherzusehende Mehrarbeiten (Auffindung eines unterirdischen Brunnengewölbes auf dem Areal) um 2,67 Millionen Schilling auf 6,927 Millionen Schilling zu erhöhen.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) begrüßte die Errichtung dieses Ateliers grundsätzlich. Allerdings erscheine es nicht sinnvoll, dieses Atelier, wie es die ursprüngliche Zielsetzung gewesen sei, einem arrivierten und auch finanziell gut situierten Künstler wie Fritz Wotruba zu errichten, während viele junge Talente unter oft unerfreulichen Konditionen arbeiten müßten. Der Redner kritisierte weiters die Formulierung der Ankündigung der Umwidmung des Ateliers in eine Gedächtnisstätte für den inzwischen verstorbenen Künstler Wotruba in der Rathaus-Korrespondenz im Indikativ. Dazu bemerkte Vizebürgermeisterin und Kulturstadträtin Gertrude Fröhlich-Sandner in einem Zwischenruf, daß diese richtigerweise im Konjunktiv erfolgen hätte sollen.

GR. Bauer brachte den Beschlusantrag ein, das Prateratelier nach seiner Fertigstellung als Akademieatelier den Schülern und Professoren der Akademie für bildende Künstler zur Verfügung zu stellen.

Im Schlußwort wies der Berichterstatter darauf hin, daß die Darstellung, Wien schenke aus Steuergeldern einem gut situierten Künstler ein Atelier, nicht richtig sei. Als Gegenleistung habe Fritz Wotruba von vornherein den Übergang eines großen Teiles seiner äußerst wertvollen Plastiken nach seinem Tod in den Besitz der Stadt vorgesehen. Nun, da dieser Fall vorzeitig eingetreten sei, erscheine es umso gerechtfertigter, diese auch nach rein materiellen Gesichtspunkten äußerst kostbaren Plastiken an einem würdigen Ort unterzubringen, wozu sich das Atelier anbiete. Die Stadt habe ursprünglich geplant, diese Gedenkstätte mit einer Weiterführung eines Teiles des neuen Gebäudes als Atelier für junge Künstler zu kombinieren, doch sei dafür das vorhandene Raumangebot nicht ausreichend.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Der Antrag auf Erhöhung des Sachkredites wurde einstimmig angenommen. Der FPÖ-Beschlusantrag wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung zugewiesen. (may)

### Sicherheit in Wien

GR. Hermine Fiala (SPÖ) referierte den Antrag, die Errichtung einer automatischen koordinierten Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung Laxenburger Straße - Draschestraße im 23. Bezirk sowie den Umbau der bestehenden Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung Oberlaaer Straße - Laxenburger Straße mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 2,1 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Braun (SPÖ) wies darauf hin, daß allein in der heutigen Gemeinderatssitzung Anträge für die Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen mit einem Kostenaufwand von mehr als 20 Millionen S vorliegen. Diese Größenordnung lasse erkennen, wieviel Sicherheit tatsächlich koste. Der Redner ergriff die Gelegenheit, auf die Aktivitäten der Stadt Wien auf diesem Sektor einzugehen: Sicherheit sei nämlich nicht nur Sache der Polizei, Feuerwehr, Rettung, Energieversorgung, Sicherheit im Straßenverkehr, Schulwegsicherung, Wasserversorgung, Beleuchtung u.v.a. gehöre dazu. Große Sorge bereite der Vandalismus: Allein 1974 sei durch Zerstörungen in Parks, Bädern, Friedhöfen, Straßenbahnen, Haltestellen u.s.w. ein Schaden von 14 Millionen S entstanden. Dennoch seien insgesamt auf dem Gebiet der Sicherheit große Erfolge erzielt worden. Die Zahl der Schwerverbrechen und Sittlichkeitsdelikte sei ständig im Sinken. Wien biete seinen Einwohnern ein wesentlich höheres Maß an Sicherheit als alle vergleichbaren Städte in Europa. Zahlreiche im Sinne des von Bürgermeister Gratz vorgelegten Sicherheitsplanes gesetzte Maßnahmen tragen dazu bei. Für Dezember kündigte GR. Braun die Vorlage eines Katastrophenzentralplanes an.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (ger)

### Öffentliche Gartenanlagen

GR. Braun (SPÖ) beantragte, grundsätzlich der Errichtung einer öffentlichen Gartenanlage im 10. Bezirk, östlich der Neillreichgasse, zuzustimmen. Die Anlage soll einen Schutzdamm zwischen Straßenbahn und vorgesehenen neuen Wohnhausbauten bilden.

GR. Dr. Macher (ÖVP) verwies darauf, daß für die vorgesehenen Wohnbauten 300 Kleingärtner am Brunnweg abgesiedelt werden sollen. Die ÖVP habe sich immer gegen die Bauführung des Wohnprojektes ausgesprochen und werde daher aus diesem Grund auch diesem Antrag nicht zustimmen. Außerdem habe die Stadt Wien vor Gericht noch nicht glaubhaft bewiesen, daß sie diese Bauten zum raschestmöglichen Zeitpunkt beginnen wolle, erklärte der Gemeinderat.

GR. Braun verwies in seinem Schlußwort, daß die Grundfläche für Kleingärtner in den letzten Jahren erweitert und nicht, wie aus der Stellungnahme des Debattenredners geschlossen werden könnte, verringert wurde. Auch sei der grundsätzliche Beschluß für das Wohnprojekt östlich der Neilreichgasse bereits vorhanden.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

#### Projekt Gürtelverlängerung

GR. Edlinger (SPÖ) beantragte, der Ausarbeitung eines generellen Projektes Gürtelverlängerung Nord, Abschnitt Nußdorfer Straße - Traisengasse, zuzustimmen. Der Ziviltechniker Pmf. Hubert Schickl soll das Projekt ausarbeiten.

GR. Hoffmann (ÖVP) unterstrich, daß von den vielen Varianten, die bisher für diesen Abschnitt der geplanten U 6-Trasse vorgebracht wurden, diese Variante sicherlich baulich interessant und verkehrstechnisch günstig sei. Die Trassenführung in Hochlage sei jedoch städtebaulich sehr schwierig und enthalte offene Fragen, wie die Umsteigmöglichkeit von der Schnellbahn auf die U-Bahn bei der Traisengasse.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (sei)

#### Förderung von Jungfilmern

Mit einer Gesamtsumme von 295.000 Schilling wird die Stadt Wien fünf Projekte von Jungfilmern subventionieren. In seinem Antrag an den Wiener Gemeinderat nannte Berichterstatter GR. Mayr (SPÖ) die fünf Filme: Für den Dreißigminutenfilm "ſ Christkind kommt bald" von der Gruppe "alsergr und" wurde eine Förderungs-

summe von 52.000 Schilling beantragt, für den Film "Die Wiener Stadtbahn" von Walter Eckhart 83.000 Schilling, für "Der Trommler" von Bernd Neuburger 35.000 Schilling, für "Kollektive - Alternativen zum gesellschaftlichen Zusammenleben" vom Wiener Filmkollektiv 60.000 Schilling und für das Projekt "Lazslo Prihoda - ein absurdes Künstlerporträt" der Gruppe "Grüngürtel" 65.000 S.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) forderte ein Abwägen der einzelnen Subventionen und deren sinnvolle Verwendung. Er vertrat die Ansicht, daß nur die ersten zwei Filmprojekte förderungswürdig wären und sprach sich gegen eine Subvention der anderen Filme aus. In diesen drei Fällen wären die Mittel nicht richtig angewandt.

GR. Wiesinger (SPÖ) betonte die Verpflichtung der Stadt, Jungfilmern finanziell zu helfen. Man müsse dem Experiment den Weg freigeben, denn die Jungfilmer seien bei ihrer Arbeit auf das Experimentieren angewiesen. Außerdem seien die Anwärter auf die Subventionen von der Filmhochschule empfohlen worden und haben bereits anerkannte Leistungen vollbracht.

Abstimmung: mehrheitlich angenommen. (karp)

#### Geschützte Werkstätte für Behinderte

GR. Franziska Fast (SPÖ) referierte den Antrag auf Errichtung und Betrieb einer geschützten Werkstätte für Behinderte durch den Verein "Bandgesellschaft - Österreichisches Hilfswerk für Behinderte und Schutzbedürftige".

GR. Gawlik (SPÖ) wies darauf hin, daß die Errichtung geschützter Werkstätten im Sinne einer entsprechenden Empfehlung des Europarates liege. Ausschlaggebendes Motiv sei bei der Schaffung wettbewerbsgeschützter Arbeitsplätze für Behinderte der psychologische und humanitäre Aspekt, die geschützte Werkstätte unterscheide sich aber grundlegend von bloßer Beschäftigungstherapie. Sie bilde vielmehr einen organischen Bestandteil des Wirtschaftslebens sei ein echter Produktionsbetrieb mit Leistungskontrolle. Die Behinderten müßten 50 Prozent der Normalarbeitsleistung erbringen. Die Entlohnung erfolge nach Kollektivvertrag, die Differenz zahlt die Stadt Wien. Die Behinderten erhalten damit die Gelegenheit, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. GR. Gawlik gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Pionierarbeit der Stadt Wien - vorerst werden Arbeitsplätze für zehn Behinderte geschaffen - bald Nachahmung finden werde.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (ger)

(Ende des Sitzungsberichtes)

17. oktober 1975

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2633

k o m m u n a l :

=====

rudolfsheim-fuenfhaus: ''gold'' und ''silber'' fuer bezirksraete

5 wien, 17.10. (rk) bei einer sitzung der bezirksvertretung von rudolfsheim-fuenfhaus ueberreichte donnerstag personalstadt-rat kurt h e l l e r in feierlichem rahmen vier bezirksraeten das goldene und neun das silberne verdienstzeichen des landes wien. bezirksvorsteher max e d e r wuerdigte die leistungen der ausgezeichneten, die sie fuer das kommunalwesen erbracht haben. (am)

1238

L o k a l :

=====

ergaenzung zu den verkehrsmassnahmen:

behinderungen auf der autobahnabfahrt auhof

13 wien, 17.10. (rk) ab montag, den 20. oktober, werden auf der stadtteinwaerts fuehrenden fahrbahn der westautobahn im bereich der abfahrt auhof strassenbauarbeiten durchgefuehrt. im zuge dieser arbeiten kommt es zu einer fahrbahnverengung auf eine spur. an den wochenenden - von freitag mittag bis montag frueh - werden jedoch zwei fahrspuren offengehalten, wobei eine spur ueber den pannenstreifen gefuehrt wird. die arbeiten werden voraussichtlich vier wochen dauern. (ger)

1452